

## Rede zum Haushaltsentwurf 2016 von Bündnis90/Die Grünen

(es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,  
sehr geehrter Herr Schöpgens,

an erster Stelle möchte ich mich im Namen meiner Fraktion für die stets angenehme und sehr kompetente Arbeit bedanken, die Sie in diesem und den vorangegangenen Jahren geleistet haben und die wir sehr geschätzt haben. Als eine Ihrer letzten Amtshandlungen haben Sie diesen Haushalt aufgestellt, über den wir heute beraten. Wir wünschen Ihnen für Ihren wohlverdienten Ruhestand alles erdenklich Gute.

Haben Sie die Wahl zum Jugendwort des Jahres 2015 verfolgt? Das war dieses Jahr sehr spannend. Am Ende hat die Jury den "Smombie" auserkoren. Im Online-Voting sah es monatelang aber anders aus. Da führte das Verb "merkeln". Können Sie sich etwas darunter vorstellen? Es wird als Synonym für "nichts tun, keine Entscheidung treffen, keine Äußerung von sich geben" angegeben und führte unangefochten die Kandidatenliste an. Doch dann kam: "Wir schaffen das".

Und was war vorher? Trotz eindeutiger Prognosen zu den steigenden Flüchtlingszahlen passierte - nichts.

Monate und Jahre wurden nicht genutzt, um dem zu begegnen, was unausweichlich war, wenn man sich die Krisen im Nahen Osten und in Afrika anschaute.

Was dies für die Kommunen heute bedeutet, damit befassen wir uns schon seit Monaten nicht ausschließlich, aber sehr ausgiebig.

Nun fährt die Bundesregierung wenigstens auf Sicht, wie ein CDU-Minister sagte. Auf Kurzsicht, habe ich den Eindruck, denn mangelnde Weitsicht hat doch erst viele globale Fluchtursachen geschaffen.

Den Libanon und andere syrische Anrainerstaaten haben wir bei der Flüchtlingshilfe hängen lassen. Von dort versuchen nun immer mehr Menschen aus Verzweiflung um jeden Preis, nach Europa und nach Deutschland zu kommen.

Schlimmer als diese Untätigkeit sind die Folgen einer verfehlten Politik auf deutscher und internationaler Ebene. Denn wir sind in jeder Hinsicht eine Exportnation, das gilt auch für Probleme. Jedem muss bewusst sein, dass wir in Deutschland und Europa nicht mehr wie auf einer Insel der Seeligen leben können, sondern dass unser Tun globale Folgen hat, die im 21. Jahrhundert nicht mehr Halt an den Grenzen Europas machen.

Durch die europäische Agrarpolitik exportieren wir im großen Maßstab Hunger, denn wir subventionieren ruinöse Preise für Agrarprodukte, um diese auf dem Weltmarkt losschlagen zu können und zerstören damit die Ernährungsgrundlage vieler Entwicklungsländer.

Die Bundesrepublik Deutschland exportiert Waffen u.a. auch nach Saudi-Arabien und Katar, also an Staaten, die, nach allem was so zu lesen ist, dem IS ideologisch nahestehen und in der Vergangenheit auch der finanziellen Unterstützung bezichtigt wurden. Der Waffenbestand des IS stammt größtenteils aus dem Westen – auch aus Deutschland.

Alle reden von TTIP, das uns nebenbei gesagt hoffentlich allen erspart bleibt, aber die jüngst zwischen der EU und zahlreichen Entwicklungsländern geschlossenen Wirtschaftspartnerschafts-abkommen werden die Armut in der Dritten Welt weiter fördern, wie viele zivilgesellschaftliche Organisationen befürchten.

Das sind drei Beispiele, die Liste ließe sich weiter fortsetzen. Wir exportieren globale Probleme, aber die werden in Zukunft nicht mehr außerhalb Europas bleiben.

Kommen wir zu einem Punkt, bei dem wir ebenfalls dabei sind, es wieder zu vergeigen. Auch dabei dürfen sich vor allem die Großkoalitionäre angesprochen fühlen. Ein echter Exportschlager der Industrieländer im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen ist das CO<sub>2</sub>. Zuallererst wegen der dramatischen Folgen für unsere Kinder und Nachkommen müssen wir den Klimawandel

bekämpfen. Aber wenn wir diesen nicht in den Griff bekommen, dann sind auch die jetzigen Flüchtlingszahlen nur ein Auftakt gegenüber den Migrationsbewegungen, die dann auf uns zukommen. Dabei ist es völlig egal, ob Klimaflüchtlinge im völkerrechtlichen Sinn Flüchtlinge sind. Die Menschen werden kommen.

„Je länger man das Notwendige unterlässt, desto teurer wird es später, das Unvermeidliche zu tun.“ sagte Angela Merkel 2007. Ich habe nicht den Eindruck, dass wir dabei sind, das Notwendige zu tun. Weder in Berlin noch im Kreis Heinsberg.

Nach einigen Jahren Schamfrist seit der Ablehnung eines GRÜNEN Antrags einen inhaltlich kongruenten Antrag zur Erstellung eines Klimaschutzplans herauszukramen, wie die CDU-Fraktion es getan hat, kann man mit viel gutem Willen noch als verspätete Einsicht bezeichnen. Allerdings nicht, wenn es wieder einmal dabei bleibt und der Klimaschutz nicht als Querschnittsaufgabe verstanden wird. So ein netter Plan nützt uns nichts, wenn der Klimaschutz nicht generell bei politischen Entscheidungen mitgedacht wird. Das traue ich gegenwärtig weder SPD noch CDU zu, das lehrt mich die Erfahrung der Vergangenheit. Dass nach 200 Jahren extremen Ressourcenverbrauchs und Wachstums die Party vorbei ist, sollen unsere Nachkommen annähernd unseren Lebensstandard halten können, scheint hier immer noch nicht angekommen zu sein. Stehen Sie einer Dekarbonisierung unserer Wirtschaft nicht mehr länger im Weg und denken Sie beispielsweise daran,

wenn in Brüssel Emissionswerte für Autos gesenkt werden sollen und Deutschland diese nach oben drückt,

wenn der Emissionshandel für CO<sub>2</sub>-Zertifikate in seiner Zielsetzung an die Wand gefahren wird, weil Deutschland sich für eine inflationäre Ausweitung der Zertifikatsstückzahlen einsetzt, wenn wir als Stromkunden neuerdings Geld dafür bezahlen müssen, dass Kohlekraftwerke weiter laufen dürfen.

Denken Sie im Kreis Heinsberg daran,

wenn wir über Landschaftspläne abstimmen, in deren Entwürfen der Klimaschutz wieder mal zu kurz kommt und in denen selbst die von der Verwaltung vorgeschlagenen Schutzflächen noch auf 42 Prozent zusammengestrichen werden. Denn zwangloser Naturschutz funktioniert ebenso wenig wie zwangloser Klimaschutz oder zwanglose Steuerzahlen.

Denken Sie im Kreis Heinsberg daran,

wenn wir eine Stellungnahme zum zweiten Entwurf des neuen Landesentwicklungsplan abgeben, in dessen Entwurf der Klimaschutz wieder herausgeflogen ist,

Denken Sie im Kreis Heinsberg daran,

wenn wir wieder mehr Geld für Straßen und damit für das Auto ausgeben als für andere Verkehrsträger.

Das waren wieder nur einige Beispiele. Ich frage mich in solchen für den Klimaschutz enttäuschenden Fällen immer, auf welchem Planeten denn die Kinder von Konservativen und Sozialdemokraten zukünftig aufwachsen sollen. Denn es gibt für uns alle keinen Planeten B.

Und wer jetzt meint: So ein Quatsch, was nützt uns das mit dem Klimaschutz, wenn die anderen Länder einfach weiter machen? Dem sei gesagt: Wir als Industrieland haben keinerlei moralisches Recht, den Schwellen- und Entwicklungsländern die gleichen Fehler zu verbieten, die wir 200 Jahre lang gemacht haben. Aber wenn diese Länder es tun, verzeihen Sie mir den Ausdruck, dann sind wir am Arsch. Sollte jedoch ein bedeutendes Industrieland wie Deutschland zeigen, dass es auch anders geht und sich darüber hinaus vorbildlich verhalten, dann haben wir eine Chance, dass uns genügend andere Staaten auf diesem Wege folgen und das 2-Grad-Ziel, besser 1,5 Grad, vielleicht doch noch erreicht wird.

Um kurz auf das Thema Inklusion und Ihre Worte hierzu, Herr Reyans, einzugehen: Ich weiß nicht, wie viele Menschen im Raum noch anwesend sind, die mit Inklusion nicht nur politisch, sondern auch beruflich befasst sind. Richtig ist, dass die Inklusion ein sehr anspruchsvoller Prozess ist. Die Schwierigkeiten hierbei hat jedoch nicht allein das Land zu verantworten. Denn wir brauchen für die Umsetzung Menschen, nicht nur Stellen. Das Land gibt sogar Mittel für Inklusion an

Regelschulen, an denen gar keine Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf unterrichtet werden. Das gilt zum Beispiel für unser Kreisgymnasium.

Und wenn hier heute wieder über die Finanzierung des Begas-Hauses gesprochen wird: Wir sind froh, dass die Kuh dort endlich vom Eis ist und finden darüber hinaus, dass das Begas-Haus und seine kulturellen Angebote jeden Euro wert sind, die sie den Kreis kosten.

Wie ich höre, gibt es nun doch eine Einigung mit der CDU zur Resolution von Tihange. Da stelle ich mir nur die Frage: Warum nicht gleich so?

Vielleicht können wir sogar noch mehr tun, als nur eine Resolution zu Tihange zu verabschieden. Offenbar prüfen Stadt und Städteregion Aachen eine Klage gegen Electrabel und die belgische Regierung. Da sollte man unbedingt einmal nachfragen und sich unter Umständen anschließen.

Jetzt schauen wir noch einmal kurz ein Jahr zurück, gleicher Anlass, gleiche Stelle. Da haben wir uns über die Schulsozialarbeit gestritten.

Ich habe seinerzeit der gut begründeten Befürchtung Ausdruck verliehen, dass die vom Land bezuschussten Schulsozialarbeiterstellen nicht nach Bedarf verteilt werden, sondern dass es nach der Finanzkraft der Kommunen geht. Und genau so ist es nun gekommen. Erkelenz und Hückelhoven haben überproportional viele Stellen bekommen, während andere Kommunen gar keine Schulsozialarbeiter oder nur geringe Stellenanteile für ihre Schulen genommen haben. Das ist für die Schülerinnen und Schüler der betroffenen Kommunen natürlich nicht gut. Selbst da, wo Schulen oder Fördervereine selbst in die finanzielle Bresche gesprungen sind, fehlt das Geld dann an anderer Stelle.

Das ist genauso unerfreulich wie es voraussehbar war, wovon CDU und auch Sie, Herr Landrat, aber seinerzeit nichts wissen wollten. Es war völlig klar, dass wir als Kreis im Nachhinein keinen Einfluss mehr auf die Verteilung der Stellen haben würden, wenn wir den Kommunen freie Hand lassen.

Vor diesem Hintergrund haben wir es als eine ziemliche Entgleisung empfunden, uns in diesem Zusammenhang ein fragwürdiges Demokratieverständnis zu unterstellen, weil wir mit einer zentralen Beschäftigung und Verteilung der Schulsozialarbeiter durch den Kreis zu einer sachgerechteren Lösung kommen wollten.

Jetzt könnte ich einfach auf den Balken im eigenen Auge verweisen. Ich sage nur: Hausausweise für Lobbyisten im Bundestag. Oder: Ablehnung des bundesweiten Volksentscheids.

Was mich an Ihrer Äußerung aber besonders gestört hat: Was sie über unser Selbstverständnis als Kreistagsabgeordnete und mangelndem Verständnis für unsere Aufgabe überhaupt aussagt.

Das Wort Zuständigkeit hat in dieser Runde doch so viele Freunde. Wir sind als Kreis für Aufgaben zuständig, die die Kommunen selbst nicht leisten können. Im Falle der Schulsozialarbeiter konnten das offenbar nicht alle Kommunen.

Warum konnten sie das nicht? U.a. auch, und das ist offenbar bis heute vielen nicht klar, wegen echter oder vermeintlicher haushaltsrechtlicher Schwierigkeiten. Ich glaube schon, dass es prinzipiell den Willen der Kommunen gab, ihre Schulen stärker mit Schulsozialarbeiterstellen zu unterstützen. Weil dies aber haushaltsrechtlich eine freiwillige Leistung wäre, glaubte man mancherorts, dies nicht zu dürfen.

Was Sie, Herr Reyans, als undemokratisch und eine Bevormundung der Kommunen gebrandmarkt haben, hätte den zurückhaltendsten Kommunen doch erst die benötigten Stellen verschafft, wenn wir es als Kreis übernommen hätten. Denn die Kreisumlage ist ja eine Pflichtausgabe.

Es ist nicht undemokratisch, innerhalb der eigenen Zuständigkeit eine nicht allen genehme Entscheidung zu treffen. In vielen Fällen kann das die bessere Lösung sein.

Wie ist es denn mit den Förderschulen gelaufen? Auch da ging es hin und her und schließlich scheiterten die Kommunen daran, im Südkreis gemeinsam eine eigene Förderschule zu betreiben. Der Kreis musste in einem wahren Kraftakt einspringen, weil plötzlich Schülerinnen und Schüler ohne Schule dastanden.

Was ich damit sagen will: Wir tun gut daran, die Kommunen anzuhören, aber dann nach bestem Wissen und Gewissen nach den sachlichen Erfordernissen selbst zu entscheiden. So tun wir es ja auch beim Kreishaushalt.

Im Übrigen: Das Subsidiaritätsprinzip besagt, was man auf unterer Ebene machen kann, das soll diese auch machen. Ich bin davon überzeugt, die Vorliebe der CDU für das Subsidiaritätsprinzip wäre weniger stark ausgeprägt, wenn in unserer „zweiten Kammer“, wie es so schön heißt, vornehmlich Bürgermeister mit anderem Parteibuch vertreten wären.

Unsere politischen Differenzen sind das Eine. Der vorliegende Haushaltplan ist etwas Anderes. Die Verschuldung sinkt, unwägbare Größen wie die Kosten für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge in den unterschiedlichsten Bereichen wurden soweit möglich erfasst, sogar ein Klimaschutzplan ist eingepreist. Wir gehen davon aus, dass zukünftige Ausgaben wie z.B. vom Bund geförderte Infrastrukturmaßnahmen verstärkt in den Klimaschutz investiert werden. Da wir auch sonst keine Fehler gefunden haben, werden wir dem Haushaltsplan zustimmen.